



Koalitionen mit der AfD? Determinanten der Präferenzbildung in Ost- und Westdeutschland vor der Bundestagswahl 2021

Lian Walke  · L. Constantin Wurthmann 

Eingegangen: 12. April 2024 / Überarbeitet: 12. Dezember 2024 / Angenommen: 16. Dezember 2024
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Nachdem der Einfluss von Koalitionspräferenzen auf individuelles Wahlverhalten schon seit geraumer Zeit ein substanzieller Bestandteil politikwissenschaftlicher Untersuchungen ist, befindet sich die Forschung zur Entstehung von Koalitionspräferenzen noch in den Kinderschuhen. Dabei wurden in den letzten Jahren allerdings erhebliche Fortschritte gemacht. Vor dem Hintergrund allgemein bekannter Unterschiede im politischen Verhalten und den Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland ist es daher umso verwunderlicher, dass diese Perspektive in den Forschungsarbeiten zur Entstehung von Koalitionspräferenzen bisweilen vernachlässigt wurde. Insbesondere vor dem Hintergrund inhaltlicher und kooperativer Annäherungen durch etablierte Parteien an die in weiten Teilen rechtsextreme AfD – vor allem in Ostdeutschland – sowie steigender Umfragewerte, gemäß derer auch eine Zusammenarbeit mit der AfD zunehmend an Popularität gewinnt, widmet sich der vorliegende Beitrag der Frage, welche Faktoren in Ost- sowie Westdeutschland dazu beitragen, eine schwarz-blaue Koalition aus CDU/CSU und AfD sowie eine Bahamas-Koalition aus CDU/CSU, AfD und FDP als wünschenswert zu empfinden. Unter Verwendung der GLES-Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 führen wir Belege an, dass sich die Determinanten, die zu einer Unterstützung solcher Bündnisse führen, zwischen Ost- und Westdeutschland substanziell unterscheiden. Zwar haben sie gemeinsam, dass vor allem eine subjektiv empfundene Nähe zu AfD-Positionen und Zuwanderungsskepsis die Befürwortung erhöhen. Sie trennt allerdings die Tatsache, dass es in Ostdeutschland anti-sozialistische Motive sind, welche ent-

Lian Walke

Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität
Bonn, Lennéstraße 25–27, 53113 Bonn, Deutschland
E-Mail: s55lwalk@uni-bonn.de

✉ Dr. L. Constantin Wurthmann

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim,
A5, 6, 68159 Mannheim, Deutschland
E-Mail: constantin.wurthmann@uni-mannheim.de

sprechende Präferenzen verstärken, während in Westdeutschland wirtschaftsliberale Positionen diesen Stellenwert einnehmen. Unsere Ergebnisse haben wichtige Implikationen, da sie die Berücksichtigung politisch-kultureller Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nachhaltig unterstreichen – auch hinsichtlich der Frage künftiger Regierungsbündnisse.

Schlüsselwörter Koalitionspräferenzen · Einstellungen · Schwarz-Blaue Koalition · Bahamas-Koalition · Ostdeutschland · Westdeutschland

Coalitions with the AfD? Determinants of preference formation in east and west germany before the 2021 federal election

Abstract The influence of coalition preferences on individual voting behaviour has been a substantial part of political science studies. But still, research on the formation of coalition preferences is in its infancy. However, significant progress has been made in recent years, with a number of studies being presented. Given the well-known differences in political behaviour and attitudes between East and West Germany, it is all the more surprising that this perspective has been neglected in research on the formation of coalition preferences. Especially against the backdrop of substantive and cooperative rapprochement between established parties to the far-right AfD—particularly in East Germany—and rising poll numbers, which indicate increasing popularity for cooperation with the AfD, the present article explicitly addresses the question of which factors contribute to considering a black-blue coalition of CDU/CSU and AfD, as well as a Bahamas coalition of CDU/CSU, AfD, and FDP, desirable in both East and West Germany. Using the GLES pre-election survey for the 2021 Bundestag election, we provide evidence that the determinants leading to support for such alliances substantially differ between East and West Germany. While they commonly include a perceived affinity with AfD positions, and scepticism towards immigration, they diverge in the sense that in East Germany, anti-socialist motives specifically reinforce these preferences, whereas in West Germany, economically liberal positions take precedence. Our results have important implications, as they underscore the imperative consideration of political-cultural differences between East and West Germany—even regarding the question of future government coalitions.

Keywords Coalition preferences · Attitudes · Black-Blue coalition · Bahamas coalition · East Germany · West Germany

1 Einleitung: Brandmauer oder eine Mauer in Flammen?

Die Wahl des FDP-Politikers Kemmerich mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zum Thüringer Ministerpräsidenten; gemeinsame parlamentarische Abstimmungen; inhaltliche Absprachen sowie Annäherungen auf der kommunalen Ebene befeuern in den letzten Jahren die Frage danach, wie die Brandmauer der demo-

kratischen Parteien nach Rechtsaußen aufrechtzuerhalten ist (Decker und Ruhose 2021; Wurthmann 2024; Hummel und Taschke 2024). Gemeint ist damit eine klare Abgrenzung gegenüber der in weiten Teilen rechtsextremen AfD und darum, dass keinerlei Formen der Kooperation mit der Partei stattfinden sollen – eine Frage, die in Teilen rhetorisch zur Überlebensgarantie für die Demokratie überhöht wird (Hansen und Olsen 2024). Gleichzeitig ist die sogenannte Brandmauer unlängst brüchig geworden. Hummel und Taschke (2024) dokumentieren in einer Untersuchung für ostdeutsche Kommunen, wie verbreitet die inhaltliche Abstimmung zwischen den demokratischen Parteien und der AfD bereits heute ist. Eine Diagnose, die für die Partei Die Linke ebenso zutrifft wie für Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und CDU. Diese Entwicklung einer Annäherung auf kommunaler Ebene kommt nicht unerwartet, wurden sie schon lange als Vorbote einer politischen Öffnung zur AfD antizipiert (Höhne 2020). Gleichzeitig hat es auf Landesebene, die gemeinhin als Experimentierraum für neue Koalitionsmodelle eingeordnet wird (Bräuninger et al. 2020), erste Annäherungen in Form von inhaltlichen Abstimmungen oder der Unterstützung von AfD-Anträgen gegeben (Decker und Ruhose 2021). Diese stoßen allerdings weiterhin auf Ablehnung in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit (Wurthmann 2023). Gleichzeitig dokumentiert eine im Oktober 2023 veröffentlichte Befragung des Meinungsforschungsinstituts Forsa, dass zwar bundesweit 69 % aller Befragten eine Landesregierung unter AfD-Beteiligung ablehnen und diese nur von rund 27 % der Befragten befürwortet wird, es hierbei allerdings bemerkenswerte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt. Demnach sind 24 % der Westdeutschen für ein solches Bündnis auf Landesebene – gegenüber 40 % der Ostdeutschen (Joswig 2023).

Es ist daher kaum verwunderlich, dass, unabhängig einer fortschreitenden Radikalisierung der AfD (Arzheimer und Berning 2019; Lewandowsky und Wagner 2023), insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden der CDU die Stimmen zunehmend lauter werden, die eine Aufweichung der Abgrenzung zur AfD einfordern (Höhne 2020; Decker und Ruhose 2021). Vorangegangene Untersuchungen haben gezeigt, dass vor allem Migrations skepsis, gesellschaftspolitischer Konservatismus und eine wirtschaftsliberale Grundhaltung dazu beitragen, Annäherungen in Form parlamentarischer Zusammenarbeit zu unterstützen (Wurthmann 2023) oder Präferenzen für eine *schwarz-blaue Koalition* (CDU/CSU + AfD) oder eine *Bahamas-Koalition* (CDU/CSU + AfD + FDP) zu entwickeln (Wurthmann 2024). Gleichzeitig bleiben diese Studien eine systematische Untersuchung von Ost-West-Unterschieden schuldig, obschon sie bis heute eine maßgeblich strukturierende Funktion im deutschen Parteiensystem haben (Mau 2019; Pickel und Pickel 2020, 2023; Reiser und Reiter 2023; Weisskircher 2020). Welz und Huber (2022) haben zwar eine Untersuchung vorgelegt, bei der sie deskriptiv relevante Unterschiede in den Präferenzen für spezifische Koalitionen untersuchen. Allerdings widmen sich die Autoren dabei weniger der Frage, wie diese entstehen, sondern vielmehr dessen, wie diese die Wahlentscheidungen der Wählerinnen und Wähler beeinflussen. Aktuelle Studien, die sich der Entstehung von Koalitionspräferenzen vor der Bundestagswahl 2021 widmen, untersuchen keine spezifischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Welz 2023; Wurthmann und Krauss 2024). Ferner werden dabei Bündnisse unter AfD-Involvierung explizit als Analyseobjekt ausgeschlossen. Be-

gründet wird dies einerseits mit der immer extremistischeren Positionierung der AfD, für die eine Gültigkeit herkömmlicher Erklärungsfaktoren angezweifelt wird (Welz 2023). Andererseits berufen sich die Autorinnen und Autoren ausschließlich nur auf jene Koalitionsmodelle, die nach der Bundestagswahl 2021 als die rechnerisch wahrscheinlichsten Optionen gehandelt wurden (Wurthmann und Krauss 2024).

Vor dem Hintergrund der wachsenden Herausforderungen bei der Bildung von Regierungen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern (vgl. Linhart 2020; Wurthmann 2024), sowie markanter Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Bewertung einer Zusammenarbeit zwischen etablierten Parteien und der AfD (Joswig 2023), wird deutlich, dass dieses Thema keineswegs trivial ist. Trotz der zunehmenden Anzeichen einer politischen Öffnung gegenüber der AfD (Höhne 2020; Decker und Ruhose 2021; Hummel und Taschke 2024) bleibt die Situation äußerst komplex und bedarf weiterer Untersuchungen. Dies gilt umso mehr, da Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland mit Blick auf Wertorientierungen und Einstellungen, Systemzufriedenheit und Wahlverhalten persistent bleiben (Pickel und Pickel 2020, 2023; Reiser und Reiter 2023). Die von Forsa ermittelten Unterschiede in der Bewertung künftiger Koalitionen mit der AfD (Joswig 2023) belegen eine zunehmende Brisanz mit Blick auf die Entwicklung der Koalitionslandschaft in Ostdeutschland (Höhne 2020, Decker und Ruhose 2021). Anstatt von einer Brandmauer zu reden, könnte man schon jetzt der Versuchung erliegen, vielmehr von einer bereits in Flammen stehenden Mauer zu sprechen. Zweifelsohne ist festzustellen, dass Kommunen und Länderebene als Experimentierfelder der Annäherung genutzt werden (Bräuninger et al. 2020) – womöglich, um auch hinsichtlich der AfD künftige Bündnisse vorzubereiten (Höhne 2020; Decker und Ruhose 2021).

Im Herbst 2024 wurden die Landtage von Brandenburg, Sachsen und Thüringen neu gewählt. Die in diesen Bundesländern besonders extremistische AfD erlangte historisch hohe Wahlergebnisse. Schon im Vorfeld der Wahlen wurde mit einer mindestens komplexen, möglicherweise sogar unmöglich anmutenden Regierungsbildung gerechnet (Hummel und Taschke 2024; Vorreyer 2024). Die Frage nach einer Einbindung der AfD in Regierungsbildungen könnte sich daher, unabhängig von öffentlichen Äußerungen der Distanzierung durch die Parteivorstände der CDU/CSU oder FDP (Wurthmann 2023), in näherer Zukunft weiterhin stellen. Zu komplex sind Regierungsbildungen bereits jetzt und könnten es in Zukunft vor allem in ostdeutschen Bundesländern immer weiter werden (Höhne 2020; Decker und Ruhose 2021; Wurthmann 2023). Das gilt umso mehr, wenn aktuelle Analysen eindrücklich zeigen, dass insbesondere CDU und FDP sukzessive die Abgrenzung zur AfD aufweichen (Höhne 2020; Decker und Ruhose 2021; Hummel und Taschke 2024). Wenn eine Zusammenarbeit demnach in Zukunft überhaupt realistisch ist, dann am ehesten in einem ostdeutschen Bundesland in Form einer schwarz-blauen Koalition aus CDU/CSU und AfD oder einer Bahamas-Koalition aus CDU/CSU, AfD und FDP (Wurthmann 2024).

Ausgehend von diesen Überlegungen stellt sich die zentrale Fragestellung unserer Analyse: Inwiefern unterscheiden sich die Präferenzen für eine schwarz-blaue und eine Bahamas-Koalition zwischen Ost- und Westdeutschland, und welche Faktoren können diese Unterschiede erklären?

Unser Beitrag ist so strukturiert, dass wir im Folgenden zunächst auf Befunde hinsichtlich essenzieller Einstellungsunterschiede von Ost- und Westdeutschland eingehen, da wir davon ausgehen, dass sich diese auch auf die Präferenzen für bestimmte Koalitionsmodelle auswirken. Darauffolgend beschreiben wir in unserem Forschungsdesign die Fallauswahl, die für die Analyse herangezogenen Daten sowie die Operationalisierung unserer Indikatoren mit anschließender Beschreibung der analytischen Methode. Anschließend legen wir die Ergebnisse unserer Analyse dar, die wir an die theoretischen Erwartungen rückkoppeln und systematisch einordnen, bevor wir in einem abschließenden Fazit unsere Befunde zusammenfassen und eine Beantwortung der Forschungsfrage vornehmen.

2 Präferenzen für Bündnisse unter AfD-Involvierung – Warum Ost und West?

Im Folgenden gehen wir in Abschnitt 2.1 zunächst auf bestehende Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich von politischen Einstellungen und Präferenzen ein. Diese Überlegungen bilden die Grundlage für unsere Erwartung, dass sich die Präferenzen nicht nur in beiden Landesteilen für schwarz-blaue Regierungsbündnisse oder eine Bahamas-Koalition unterscheiden, sondern auch die Determinanten, anhand derer sich diese erklären lassen. In Abschnitt 2.2 widmen wir uns der Frage, wie Koalitionspräferenzen entstehen und welche Erwartungen wir auf Basis der Darlegungen aus Abschnitt 2.1 diesbezüglich mit Blick auf Ost- und Westdeutschland haben. Ferner stellen wir in Abschnitt 2.2 unsere Hypothesen vor, welche wir als Grundlage für die empirische Analyse des vorliegenden Beitrags verwenden.

2.1 Ost- und Westdeutschland: Divergierende politische Ansichten und ihre Ursachen

Politische Rahmenbedingungen haben Folgen für kollektive Einstellungen und Wertorientierungen, die politische Prozesse, Autoritäten und Institutionen betreffen (Almond und Verba 1963; Pickel und Pickel 2020, 2023). Aus ihnen leitet sich in Folge die diffuse Unterstützung für grundlegende Merkmale demokratischer Gesellschaften ebenso ab, wie die eher spezifische Unterstützung von politischen Amtsinhaberrinnen und Amtsinhaber oder auch von Parteien (Norris 2011), was wiederum auch die Präferenzen für spezifische Koalitionsbildungen beeinflussen kann (Welz und Huber 2022).

Grundlegende Einstellungen und Wertorientierungen können in Teilen regional stark voneinander divergieren (Almond und Verba 1963), was umso mehr für ein vormals – mit der Demokratie im Westen und der Diktatur im Osten – getrenntes Land wie die Bundesrepublik Deutschland anzunehmen ist. Zwar erfährt die Demokratie als politische Herrschaftsordnung breite Unterstützung in Ost- und Westdeutschland (Mau 2019; Pickel und Pickel 2023). Allerdings ist diese politische Unterstützung in Westdeutschland bedeutend stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland (Gabriel 2007). Ein Grund mag in der in Ostdeutschland weiterhin klaren Unterstützung für den So-

zialismus als politische Herrschaftsform liegen (Arzheimer und Rudi 2007; Pickel und Pickel 2020, 2023).

Zweifelsohne ist die Ursache für diese Unterschiede in der Sozialisationserfahrung durch die sozialistische Diktatur in der ehemaligen DDR zu finden, die bis heute nachwirkt (Mau 2019). In Ostdeutschland lebende Personen sind deutlich unzufriedener mit der alltäglichen demokratischen Performanz (Pickel und Pickel 2023; Reiser et al. 2023) und sie nehmen seltener an Wahlen teil (Pickel und Pickel 2020). Gleichzeitig unterscheiden sich die Ostdeutschen hinsichtlich ihres Wahlverhaltens von den Westdeutschen, was auch die Entstehung zwei voneinander unterscheidbarer Parteiensysteme begünstigt hat (Dalton und Jou 2010). Gerade mit Blick auf Ostdeutschland sind Regierungsbildungen aufgrund von Polarisierung und Fragmentierung zuletzt komplexer geworden (Höhne 2020). Dies gilt umso mehr unter Berücksichtigung des Umstands, dass die Ostdeutschen auch, anders als die Westdeutschen, starke Präferenzen für Regierungsbündnisse unter Einbezug der Partei Die Linke aufweisen (Welz und Huber 2022). Die Linke wiederum hat in Ostdeutschland als regionale Volkspartei lange Tradition, was auf die historische Konstellation zurückzuführen ist, dass sie ihre Wurzeln in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hat, unter deren Ägide die Diktatur im Staatsgebiet der DDR errichtet wurde (Holzhauser 2019; Hough und Keith 2019; Neu 2004; Wurthmann 2023).¹

Die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) wird allerdings zunehmend zu einer Konkurrenz für die Partei Die Linke. Nicht nur in Folge der ostdeutschen Landtagswahlen 2014 bis 2024, sondern auch bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 musste die Partei in Ostdeutschland empfindliche Verluste an die Konkurrenz von Rechtsaußen hinnehmen (Hansen und Olsen 2019; Weisskircher 2022). Für diese Erfolge lassen sich insbesondere ausländergefeindliche Motive, anti-elitäre Einstellungen sowie eine größere Unzufriedenheit mit der Demokratie heranziehen, welche in den ostdeutschen Bundesländern besonders ausgeprägt sind (Pickel und Pickel 2023). Der AfD gelingt es erfolgreich, jenes in Teilen populistische und wohlfahrtsorientierte Spektrum der Wählerinnen und Wähler zu erreichen, bei dem Die Linke zuvor besonders erfolgreich war (Hansen und Olsen 2019). Vor allem seitens der ostdeutschen AfD-Landesverbänden geht eine fortschreitende Radikalisierung aus, deren Wählerinnen und Wähler sich ebenso sehr im Zeitverlauf zunehmend zu einer ausländergefeindlichen und in Teilen antidemokratischen Gruppe entwickeln (Arzheimer und Berning 2019; Hansen und Olsen 2024; Lewandowsky und Wagner 2023; Wurthmann 2024).

Auch zeigen insbesondere neuere Entwicklungen in Form der Gründung einer neuen Partei, dem Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW), dass die ostdeutschen Bundesländer in vielerlei Hinsicht als Gradmesser von Veränderungen im deutschen Parteiensystem angesehen werden können. Die sich selbst als links-konservativ etikettierende Partei hat bei den ostdeutschen Landtagswahlen,

¹ Die erheblichen Wahlverluste bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, vor allem das erstmalige Scheitern der Partei am Wiedereinzug in ein ostdeutsches Parlament, könnten in naher Zukunft – auch nach einer schwerwiegenden Abspaltung (siehe u. a. Wagner et al. 2023; Roose 2024) – das Ende der Partei einläuten.

wie auch bei der Europawahl 2024, beachtliche Wahlerfolge erzielen können. Sie wurde in Brandenburg, Sachsen und Thüringen auf Anhieb drittstärkste Kraft – nur wenige Monate nach der Parteigründung. Dadurch wird die neue Partei schlagartig zum Machtfaktor – und auch zu einem Koalitionspartner (Caspari 2024). Erste Studien, die sich der Partei gewidmet haben, legen nahe, dass die Partei in Ostdeutschland substantiell größeren Zuspruch erfährt (Wagner et al. 2023; Roose 2024; Heckmann et al. 2025; Jankowski 2024). Dass die Partei sozialpolitisch linke mit gesellschaftspolitisch konservativen Positionen verbindet (Franzmann et al. 2024), welche in Ostdeutschland einen höheren Zuspruch als in Westdeutschland erfahren (Pickel und Pickel 2023), mag sicherlich ein Grund des Erfolgs der neuen Partei sein.

Insbesondere die in Ostdeutschland noch stärker als in Westdeutschland ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit ist durch die gesellschaftliche Sozialisationserfahrung in der DDR zurückzuführen. In diese fand, anders als in die BRD, keine nennenswerte Arbeitsmigration statt, durch welche eine kulturelle Diversifizierung der Gesellschaft hätte erfolgen können. Stattdessen wurden in der DDR einwandernde Personengruppen sehr restriktiv behandelt und gesellschaftlich stark isoliert, deren Integration weder gewünscht war, noch unterstützt wurde (Mau 2019; Weisskircher 2020). Nicht verwunderlich wäre daher, wenn Koalitionen unter Berücksichtigung der migrationsfeindlichen AfD insbesondere in Ostdeutschland besondere Unterstützung erfahren würden.

Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2021 gilt unter den politischen Parteien noch der weitgehende Konsens – auch innerhalb der Unionsparteien – dass eine Koalition mit der AfD als nicht gewünscht gilt (Debus 2022; Faas und Klingelhöfer 2022). Allerdings haben die Wahlerfolge der AfD, vor allem in Ostdeutschland, die strategischen Möglichkeiten der Koalitionsbildung zunehmend erschwert und in weiten Teilen zu vollends neuen Modellen der Koalitionsbildung auf Länderebene geführt (Linhart 2020) oder – wie nach der Landtagswahl 2019 in Thüringen geschehen – die Bildung einer Mehrheitskoalition vollends verhindert (Debes 2024). Wenngleich die AfD entsprechend noch nicht an Regierungsbildungen beteiligt ist, gelingt es ihr immer häufiger, Einfluss auf die Regierungspolitik in ostdeutschen Bundesländern zu nehmen (Hansen und Olsen 2024). Die vielbeschworene Brandmauer zur AfD wird – auch in Form von zunehmenden Annäherungen etwa der CDU zur AfD – zunehmend fragiler (Hummel und Taschke 2024; Wurthmann 2023). Wenn es zu einer tatsächlichen Annäherung zur AfD kommt, gilt es daher als nicht unwahrscheinlich, dass diese „in einem ostdeutschen Landtag zu beobachten sein [wird], nicht zuletzt aufgrund eines Mangels an Bündnisalternativen. Kommunale Experimentierräume könnten vorgeschaltet sein. Erste kommunikative Wegbereiter wurden bereits geschaffen“ (Höhne 2020, 166).

Die zunehmende Koalitionsheterogenität (Linhart 2020), auch um eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern, hat zu schmerzhaften inhaltlichen Zugeständnissen geführt (Debus 2022), welche von der AfD erfolgreich genutzt werden, um gegen die etablierten Parteien zu mobilisieren (Decker und Ruhose 2021). Eine Einbindung der AfD in die Regierungsarbeit scheint demnach, sei es nun die aktive Unterstützung inhaltlicher Anträge, die Tolerierung einer Minderheitsregierung oder auch die Bildung einer Mehrheitskoalition, nur eine Frage der Zeit zu sein

(Höhne 2020), da auch die kommunikative Offenheit für derartige Bündnisse zuletzt zugenommen hat (Decker und Ruhose 2021).

Wegweisend wird allerdings sein, inwiefern und unter welchen Bedingungen eine solche Regierungsbildung durch die Bevölkerung unterstützt wird. Unser Argument ist, dass auf Basis politisch-kultureller Divergenzen, die wir hier beschrieben haben, nicht nur die Bewertung von Koalitionen unter Einbezug der AfD zwischen Ost- und Westdeutschland stark divergiert. Vielmehr sollten sich auch die jeweiligen Determinanten zwischen beiden Landesteilen unterscheiden, anhand derer die Präferenzbildung zu erklären ist.

2.2 Präferenzen für Koalitionen unter Involvierung der AfD

Koalitionspräferenzen beschreiben im Wesentlichen die Einstellung eines Individuums zu einer Regierungsbildung aus einer spezifischen Zusammensetzung von Parteien. Diese wird im deutschsprachigen Raum zumeist über die Abfrage einer Skala ermittelt, bei der in einem Spektrum zwischen wünschenswerten und einem nicht-wünschenswerten Ausmaß unterschieden wird (Bytzek 2021; Plescia und Aichholzer 2017; Welz 2023; Welz und Huber 2022; Wurthmann 2024; Wurthmann und Krauss 2024). Obgleich sie damit einen keinesfalls redundanten Aspekt beschreiben, der auch in Ansätzen zur politischen Kulturforschung bereits explizit in Form der spezifischen Unterstützung von Parteien mitgedacht wird (Norris 2011), wurde bisweilen allerdings noch nicht der weitergehende Versuch unternommen, die Entstehung von Koalitionspräferenzen auch als Ausdruck politisch-kultureller Unterschiede zu verstehen. Einzig Welz und Huber (2022) unternehmen bisweilen den Versuch einer Beschreibung von Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Präferenzen für eine Reihe von Koalitionsmodellen. Eine systematische Untersuchung unterschiedlicher Erklärungsfaktoren nach Landesanteilen, gemäß derer die Präferenzen für ein spezifisches Koalitionsmodell entstehen, bieten die Autoren allerdings nicht an.

Dies ist allerdings von zentraler Bedeutung, da systematische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland mit Blick auf Demokratiezufriedenheit, Sozialisationserfahrungen und allgemeine ideologische Differenzen, die sich auch in unterschiedlichen Staatszielvorstellungen manifestieren, hinreichend belegt wurden (Arzheimer und Rudi 2007; Gabriel 2007; Pickel und Pickel 2020, 2023; Reiser et al. 2023; Reiser und Reiter 2023). Gleiches gilt für die immer heterogener werdende Koalitionslandschaft, welche vor allem mit Blick auf Ostdeutschland Ausdruck einer immer fragmentierter und polarisierter werdenden Parteienlandschaft ist (Debus 2022; Höhne 2020; Linhart 2020). Die dort anzutreffende Komplexität im Regierungsalltag hat ihren Ursprung auch in der zunehmenden Unterstützung für die in weiten Teilen rechtsextreme AfD (Hansen und Olsen 2024; Weisskircher 2020, 2022). Mehrfach wurde bereits die Annahme formuliert, dass eine Annäherung zur AfD, beispielsweise durch die CDU/CSU oder ergänzend um die FDP, am ehesten ihren Ausgangspunkt in Ostdeutschland finden wird und diese Konstellationen die bisweilen einzigen realistischen Modelle unter Einbezug der AfD sind (Decker und Ruhose 2021; Höhne 2020; Wurthmann 2024). Wir nehmen dies dahingehend zum Ausgangspunkt unserer Argumentation, als dass wir die Präferenz für bestimmte Ko-

alitionsoptionen als Teilaspekt kultureller Unterschiede von West- und Ostdeutschland verstehen. Die Unterstützung für Bündnisse aus CDU/CSU und AfD (*schwarzblau*) oder CDU/CSU, AfD und ergänzt um die FDP (*Bahamas*) sollte sich entsprechend dieser Unterschiede signifikant unterscheiden. Ferner sollten auch jene Faktoren, die zu einer Unterstützung entsprechender Koalitionsoptionen führen, als Ausdruck eben dieser feststellbaren Unterschiede (Pickel und Pickel 2020, 2023), zwischen Ost- und Westdeutschland voneinander unterscheidbar sein.

Grundsätzlich ist die Frage, wie Koalitionspräferenzen per se entstehen, Teil einer noch fortlaufenden wissenschaftlichen Debatte. Die maßgeblichen Beiträge, in denen die Entstehung von dahingehenden Präferenzen untersucht werden, greifen auf etablierte Modelle des Wahlverhaltens und Parteienwettbewerbs zurück. Ein Grund dafür ist darin zu finden, dass Koalitionspräferenzen auch in der Wahlentscheidungsfindung der Wählerinnen und Wähler eine nicht untergeordnete Rolle einnehmen (Bytzek 2021; Debus 2012; Meffert und Gschwend 2010; Welz und Huber 2022). Koalitionspräferenzen werden hierbei in Teilen aus Parteibewertungen abgeleitet, haben gleichwohl aber auch einen von ihnen unabhängigen Effekt auf die Wahlentscheidung (Huber und Welz 2022; Wurthmann und Krauss 2024). Dies gilt umso mehr bei Berücksichtigung jener Befunde, welche Anlass dazu geben, Koalitionen nicht nur als Summe ihrer (Partei-)Bestandteile zu verstehen, sondern als eigenständige Objekte politischer Unterstützung (Plescia und Aichholzer 2017). Gleichzeitig sind die bisweilen etablierten Ansätze, anhand derer sich die Entstehung von Koalitionspräferenzen erklären lassen, zu denen, die für Wahlverhalten herangezogen werden, identisch oder zumindest wesensverwandt.

Insbesondere eine inhaltlich-räumliche Interessenvertretung, deren Einfluss auf Wahlentscheidungen schon früh dokumentiert wurde (Downs 1957), nimmt eine unumstrittene Rolle mit Blick auf die Bewertung von möglichen Koalitionen ein (Gross et al. 2023; Welz 2023). Nicht umsonst werden auf Basis von Koalitionsaussagen (Decker und Ruhose 2021; Wurthmann und Krauss 2024) oder auch der angenommenen Homogenität respektive Heterogenität mögliche Regierungsprogramme antizipiert (Nyhuis und Plescia 2018; Plescia und Aichholzer 2017), die als unterstützenswert befunden werden. Rekuriert wird hierbei etwa auf die angenommenen Parteipositionen und eine zugeschriebene Problemlösungskompetenz (Bytzek 2021). Darüber hinaus ist die räumliche Nähe in inhaltlichen oder ideologischen Grundsatzfragen von erheblicher Bedeutung (Welz 2023; Wurthmann und Krauss 2024). Die Annahme ist dabei, dass sich der eigene Nutzen in Form einer Regierungskoalition am ehesten erweitern oder erhöhen lässt, wenn die darin agierenden Parteien der eigenen Interessenlage nahekommen (Debus 2012; Downs 1957). So hat die Annahme einer räumlichen Nähe entsprechend nicht nur einen positiven Effekt auf die Wahlentscheidung, sondern ebenso auf die Bewertung einer möglichen Koalitionsoption (Debus 2022; Debus und Müller 2014; Falcó-Gimeno 2012; Welz 2023; Wurthmann und Krauss 2024). Eine Regierungsbildung unter AfD-Einbezug ist dabei allerdings insofern ein Novum, als dass eine solche Regierungsformation eine Partei inkludieren würde, mit der gemeinhin – zumindest im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 – keine Partei auf Bundesebene regieren wollte (Faas und Klingelhöfer 2022). Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 hat Wurthmann (2024) argumentiert, dass eine Koalition mit der AfD hierbei insbesondere unter jenen mit CDU-Parteipräferenz

abgelehnt wurde, weil es sich um eine diametral den Werten der Partei widersprechende Regierungskoalition handeln würde. Wenn sich der Status der AfD weiterhin als der einer politisch ausgegrenzten Kraft beschreiben lässt (Debus 2022; Faas und Klingelhöfer 2022; Wurthmann 2023), ist anzunehmen, dass sich dies auch in der Empfindung einer räumlichen Distanz ausdrückt. Diese Distanz sollte wiederum, entsprechend den Annahmen räumlicher Politikmodelle, einen Effekt auf die Bewertung einer Koalition unter AfD-Involvement haben. Hieraus leiten wir unsere nachfolgende Hypothese ab:

H1 Je größer die wahrgenommene räumliche Distanz zur AfD, desto weniger wünschenswert werden eine schwarz-blaue und eine Bahamas-Koalition bewertet.

Neben diesen räumlichen Ansätzen, bei denen die Positionen von Parteien als Referenzpunkt dienen, können allerdings auch grundlegende ideologische Positionen der Individuen selbst als Ausgangspunkt dienen, um Präferenzen für Koalitionen zu erklären. Dabei wird zur Beschreibung des deutschen Parteienwettbewerbs oftmals auf eine Unterscheidung in eine sozioökonomische und eine soziokulturelle Konfliktlinie zurückgegriffen (Debus 2022; Wurthmann und Krauss 2024). Die sozioökonomische Konfliktdimension beschreibt hierbei den Gegensatz zwischen linken Positionen, welche für wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und einen starken Sozialstaat eintreten, auf der einen, und rechten Positionen auf der anderen Seite, welche wirtschaftliche Freiheiten und die individuelle Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen (Norris und Inglehart 2019). Die soziokulturelle Konfliktlinie wiederum beschreibt die Gegensätze zwischen einer gesellschaftlich liberal-progressiven Einstellung, die sich durch Offenheit für alternative Lebensstile und Zuwanderung auszeichnet sowie einer konservativ-traditionellen Position, die eher migrationskritisch und skeptisch gegenüber alternativen Lebensmodellen ist (Dasonneville et al. 2024; Wurthmann und Krauss 2024). Die AfD zeichnet sich in dieser zweidimensionalen Verortung durch eine Extremposition aus, da sie von den im Bundestag vertretenen Parteien sozioökonomisch die rechteste sowie soziokulturell die konservativste Position einnimmt (Debus 2022). Wir gehen entsprechend davon aus, dass eine Präferenz für eine Regierungsbildung unter AfD-Inklusion besonders dann unterstützt werden sollte, wenn die eigene Position ähnlich extrem ist. Die einzige Untersuchung, anhand derer Präferenzen für eine Koalition unter AfD-Einbezug überhaupt untersucht wurden, hat festgestellt, dass diese angenommenen Effekte nicht für beide Koalitionsmodelle gleichermaßen zutreffen (Wurthmann 2024). Da diese Modelle allerdings für die Bundestagswahl 2017 gelten und die AfD in sämtlichen Bundesländern – wie auch auf Bundesebene – als sozioökonomisch rechts und soziokulturell konservativ eingeordnet werden kann (Bräuninger et al. 2020; Debus 2022), sind hier keine grundlegenden Unterschiede in der Effektrichtung zu erwarten. Auf Basis der Beschreibungen dessen, dass die AfD in Ostdeutschland mehr als in Westdeutschland für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und gleichzeitig migrationsfeindlicher auftritt (Hansen und Olsen 2019, 2024; Weisskircher 2020, 2022), gehen wir jedoch von Unterschieden in der Effektstärke aus. Daher lauten unsere Hypothesen zur ideologischen Selbstverortung wie folgt:

H2a Je sozioökonomisch rechter sich die Befragten positionieren, desto wünschenswerter werden eine schwarz-blaue und eine Bahamas-Koalition bewertet. Der Effekt fällt in Ostdeutschland schwächer als in Westdeutschland aus.

H2b Je soziokulturell konservativer sich die Befragten gesellschaftspolitisch positionieren, desto wünschenswerter werden eine schwarz-blaue und eine Bahamas-Koalition bewertet. Der Effekt fällt in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland aus.

Hinsichtlich politisch-kultureller Unterschiede sind für die in Ostdeutschland lebende Bevölkerung deutliche Tendenzen zu Gunsten einer dem Sozialismus eher zugeneigten Einstellung feststellbar, die an verschiedenen Stellen dokumentiert worden ist (Gabriel 2007; Pickel und Pickel 2020). Wenngleich der reale Sozialismus in der DDR in Form von Repression und Diktatur kam, ist die numerische Unterstützung für den Sozialismus als grundlegende Idee in Ostdeutschland weiterhin bedeutend stärker als in Westdeutschland. Langzeitbetrachtungen zeigen eine bemerkenswerte Stabilität in der Unterstützung des Sozialismus in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Zwischen 1991 und 2018 lag die Zustimmung zur Idee des Sozialismus in Ostdeutschland in der Regel bei etwa 70 % der Befragten, was deutlich über den Zustimmungswerten von rund 30 % in Westdeutschland lag (Pickel und Pickel 2023). Insbesondere die frühkindliche und schulische Erziehung durch den sozialistischen Staatsapparat haben langfristige Effekte auf die Wertorientierungen der Bevölkerung hinterlassen (Arzheimer und Rudi 2007). Verschiedene Forscherinnen und Forscher argumentieren daher, dass die in frühen Sozialisationsstufen vermittelten Grundwerte im Erwachsenenalter persistent bleiben (Gabriel 2007; Norris und Inglehart 2019; Pickel und Pickel 2023). So ließe sich auch erklären, weshalb in Ostdeutschland weiterhin stärkere Sympathien für Koalitionen unter Einbezug der Partei Die Linke vorzufinden sind (Welz und Huber 2022), obschon ihre Wurzeln in der vormals autoritär regierenden SED liegen. Gleichzeitig lässt sich so die deutliche Wohlfahrtsorientierung der AfD in Ostdeutschland erklären, welche ihr geholfen hat, Wählerinnen und Wähler der Linken für sich zu überzeugen – in Westdeutschland ist die AfD allerdings weiterhin als primär wirtschaftsliberal und anti-sozialistisch einzuordnen (Hansen und Olsen 2019; Wurthmann 2024). Aufgrund der Tatsache, dass eine überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen nach wie vor ein positives Sozialismusbild aufzuweisen scheint, gehen wir davon aus, dass sich anti-sozialistische Haltungen in Ostdeutschland weniger auf Zuspruch oder Ablehnung zu Gunsten einer Koalition mit AfD-Inklusion auswirken als in Westdeutschland. Daher lautet unsere Hypothese:

H3 Je stärker die Ablehnung des Sozialismus als grundlegende Idee ist, desto wünschenswerter werden eine schwarz-blaue und eine Bahamas-Koalition bewertet. Der Effekt fällt in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland aus.

3 Forschungsdesign

3.1 Fallauswahl und Daten

Die Bundestagswahl 2021 ist als Untersuchungsgegenstand für die vorliegende Analyse aus vier Gründen besonders geeignet. Zwar liegt mit der Analyse von Wurthmann (2024) bereits ein erster Einblick in die Motive vor, die zur Unterstützung einer schwarz-blauen oder einer Bahamas-Koalition führen können. Diese datiert allerdings auf die Bundestagswahl 2017 zurück, nach der die AfD sich noch weiter radikalisiert hat (Lewandowsky und Wagner 2023). Darüber hinaus hat es seitdem, gerade auch mit Blick auf die Ereignisse um die Wahl des FDP-Politikers Kemmerich, der mit den Stimmen von CDU und Höcke-AfD in Thüringen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, einige Bruchstellen gegeben, anhand derer die zunehmende Herausforderung im Umgang mit der AfD sichtbar wird (Höhne 2020; Wurthmann 2024). Drittens liegen mit den Befragungsdaten der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2021 erstmals bevölkerungsrepräsentative Daten vor, bei denen auf Basis einer Zufallsstichprobe die Präferenzen für die beiden Bündnisformen der schwarz-blauen und der Bahamas-Koalition erfasst wurden. Die Daten lassen aufgrund einer Überquotierung ostdeutscher Befragter zudem repräsentative und damit empirisch valide Rückschlüsse auf Ost- und Westdeutschland zu. Viertens sind auf Bundesebene noch keine Kooperationsformen mit der AfD feststellbar. Gerade diese führen allerdings nachweislich, beispielsweise dann, wenn es zu Regierungsbildungen kommt, zu einem positiven Gewohnheitseffekt, der die Ausbildung entsprechender Präferenzen begünstigt (Debus und Müller 2014; Wurthmann 2024). Eine Analyse von nationalen Befragungsdaten eröffnet so die Möglichkeit, entsprechende Einflüsse, wenngleich auf kommunaler Ebene sowie der Länderebene erste Annäherungen stattgefunden haben (Hummel und Taschke 2024), möglichst isoliert zu betrachten, da diese bisweilen nicht vollzogen wurden (Faas und Klingelhöfer 2022; Welz 2023).

Trotz der unbestrittenen Relevanz dieser Entwicklungen auf kommunaler Ebene und auf jener der Länder greifen wir in unserer Analyse auf Bundestagswahldaten aus dem Jahr 2021 zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, da es keine allgemein verfügbaren Landtagswahldaten gibt, anhand derer sich Koalitionspräferenzen repräsentativ untersuchen ließen. Ferner sind wir an der Herausarbeitung grundsätzlicher regionaler Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den politisch-kulturellen Präferenzen interessiert, die sich nicht ausschließlich auf die Ebene einzelner Bundesländer beschränken lassen (Reiser et al. 2023; Pickel und Pickel 2023). Gleichwohl zeigen die Ereignisse in manchen ostdeutschen Bundesländern eindrucklich, wie sehr diese Form der Daten für den wissenschaftlichen Gebrauch dringend benötigt werden.

Im Folgenden verwenden wir die Daten aus der Vorwahlbefragung (ZA7700) zur Bundestagswahl 2021, da zu diesem Zeitpunkt der Wahlausgang und die darauf folgende Koalitionsbildung offen war. Faas und Klingelhöfer (2022) weisen zwar ausdrücklich darauf hin, dass der Außenseiterstatus der AfD bereits im Vorfeld der Wahl klare Signale in Form einer unwahrscheinlichen Regierungsbeteiligung sendete. Allerdings zeigen vorangegangene Befunde, dass die Antizipation einer

möglichen Regierungsbeteiligung – unabhängig davon, wie begründet oder unbegründet diese sein mag – einen nachhaltigen Effekt auf Koalitionspräferenzen haben kann (Huber et al. 2009). Gerade mit Blick auf die Koalitionen unter AfD-Beteiligung, die Wurthmann (2024) untersucht hat, zeigt sich dieser Effekt sehr deutlich: Je wahrscheinlicher dort die Regierungsbildung eingeschätzt wurde, desto besser die Bewertung. Mit den GLES-Daten lässt sich diese Annahme zwar im vorliegenden Fall nicht überprüfen, da kein entsprechender Indikator in das Frageprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgenommen wurde. Dennoch gehen wir davon aus, dass sich durch die Nachwahlbefragungsdaten ein verzerrender Selektionseffekt auf die Präferenz zeigen könnte, den wir ausschließen wollen.

Zwischen dem 26. August 2021 und dem 25. September 2021 wurden durch die GLES insgesamt 5116 Menschen befragt. Für die vorliegende Analyse entspricht die Zahl der zu analysierenden Befragten insgesamt 3071 Personen, wovon 2113 Individuen aus Westdeutschland stammen und weitere 958 Befragte aus Ostdeutschland. Die Fallzahlreduktion ergibt sich aus dem praktischen Grund, dass sich 1574 Befragte nicht in der Lage gesehen haben, die AfD hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Position einzuordnen, während dies hinsichtlich ihrer soziokulturellen Position für 485 Befragte zutraf. Da diese Positionen allerdings von zentraler Bedeutung für die vorliegende Analyse sind – siehe die Operationalisierung der unabhängigen Variablen im Folgenden – ist diese Reduktion der Befragtenzahl leider unvermeidbar. Dies gilt umso mehr, wenn entsprechende Probleme bei Befragten, Parteien adäquat zu positionieren, in der Literatur hinreichend dokumentiert sind. Dies kann für bis zu einem Drittel aller Befragten der Fall sein und ist unabhängig davon, ob es sich um Positionen zu spezifischen Issues oder eher grundlegenden ideologischen Fragen handelt (siehe u. a. Banducci et al. 2017; Wurthmann und Krauss 2024). Entsprechend lässt sich hieraus keinesfalls eine geminderte Datenqualität ableiten.

3.2 Abhängige Variablen

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, Koalitionspräferenzen für eine Koalition aus CDU/CSU und AfD – die *schwarz-blaue Koalition* – und für eine Koalition aus CDU/CSU, AfD und FDP – die *Bahamas-Koalition* – erklären zu können. In der Literatur lassen sich Hinweise darauf finden, dass Präferenzen für solche Bündnisse am ehesten durch ein experimentelles Design aufzudecken wären (siehe u. a. Fortunato 2021). Die grundlegende Logik wäre demnach die einer Präferenzordnung, bei der unterschiedliche Interessen gegeneinander abgewogen werden sollen. Allerdings legt gleichzeitig Thome (1985) in seinen zusammenfassenden Ausführungen zur Debatte unterschiedlicher Messverfahren dar, dass eine Präferenzordnung in einem solchen Fall nicht notwendigerweise besser geeignet sein muss. Die (Un)abhängigkeit der Bewertung von spezifischen Koalitionsmodellen ist mit Blick auf die Bundesrepublik noch nicht hinreichend erforscht. Dies gilt umso mehr mit Blick auf Arbeiten unter Einbezug der AfD in entsprechende Modelle, die erst in einer einzigen Studie näher beleuchtet wurden (vgl. Wurthmann 2024). Vor dem Hintergrund, dass im deutschsprachigen Raum bisweilen auf eine Methode zurückgegriffen wurde, bei welcher die Befragten auf einer Skala von (1)–5 *überhaupt nicht wünschenswert* bis (11) +5 *voll und ganz wünschenswert* eine Bewertung vornehmen konnten,

greifen wir auch im Folgenden hierauf zurück. Ähnlich sind entsprechende Arbeiten vorgegangen, die sich der Analyse von Daten aus Österreich oder Deutschland widmeten, wurden doch entsprechende Indikatoren in beiden Ländern als reguläre Bestandteile dortiger Erhebungen integriert (vgl. Meffert und Gschwend 2010; Plescia und Aichholzer 2017; Welz 2023; Wurthmann und Krauss 2024).

3.3 Unabhängige Variablen

Unsere grundlegende Annahme lautet, dass sich die Koalitionspräferenzen in Ost- und Westdeutschland für ein schwarz-blaues und ein Bahamas-Bündnis voneinander unterscheiden. Vorangegangene Analysen haben den Mehrwert einer solchen Analyse schon gezeigt (Welz und Huber 2022). Wir gehen mit Blick auf die zu Deutschland vorliegenden Befunde davon aus, dass weniger die eher arbiträre Einteilung in ost- und westdeutsche Bundesländer zielführend ist, sondern vielmehr die bis 1990 bestehende Teilung verhaltensrelevante Einflüsse auf die politische Kultur hatte (vgl. Pickel und Pickel 2023). Im Folgenden greifen wir daher auf die durch die GLES 2021 zur Verfügung gestellte Unterteilung eines Indikators zurück, bei welchem explizit nach Zugehörigkeit in Gebiete der ehemaligen DDR (0) und der früheren BRD (1) unterteilt wird.

Wir haben ferner die Annahme formuliert, dass die räumliche Distanz zwischen der angenommenen Parteiposition und der Befragten-Position essentiell ist, um Koalitionspräferenzen zu erklären. Um der zweidimensionalen Struktur des deutschen Parteiensystems gerecht zu werden, greifen wir auf zwei Indikatoren zurück, anhand derer sich die Räumlichkeit als Proxy abbilden lässt – die sozialstaatliche Dimension als Proxy für den ökonomischen Konflikt und die migrationspolitische Dimension als Proxy für den kulturellen Konflikt (Dassonneville et al. 2024; Debus 2022). Hinsichtlich der ökonomischen Konfliktdimension wurden die Befragten gebeten, sich selbst auf einer Skala von (1) *mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Abgaben bedeutet* bis (11) *weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet* zu positionieren. Mit Blick auf die kulturelle Dimension wurden die Befragten gebeten, dies anhand einer Positionierung zur Zuwanderungspolitik vorzunehmen. Der dafür verwendete Indikator erstreckte sich entlang der Skala von (1) *Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden*, bis (11) *Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden*. Um die tatsächliche Distanz zur angenommenen Parteiposition berücksichtigen zu können, greifen wir auf zwei Indikatoren zurück, bei denen die Befragten eine analoge Positionierung der AfD entlang der beiden Dimensionen vorzunehmen hatten. Auf dieser Basis nehmen wir darauffolgend eine Berechnung der euklidischen Distanz vor, deren Notwendigkeit für die Erfassung räumlicher Distanzen mit Blick auf das deutsche Parteiensystem und Koalitionspräferenzen belegt wurde (vgl. Bräuninger et al. 2020; Welz 2023; Wurthmann und Krauss 2024). Diese wird wie folgt berechnet: Zunächst wird die Differenz zwischen der persönlichen und der Parteiposition auf der soziokulturellen sowie der sozioökonomischen Dimension ermittelt. Beide Differenzen werden quadriert, addiert und anschließend wird die Quadratwurzel aus der Summe gezogen. Dies ergibt die euklidische Distanz, die die ideologische Nähe oder Distanz zur Partei in einem zweidimensionalen Raum angibt.

Die für die Berechnung der euklidischen Distanz verwendeten Indikatoren nutzen wir darüber hinaus, um die subjektive ideologische Ausrichtung der Befragten zu berücksichtigen.

Die anti-sozialistische Haltung der Befragten bilden wir über einen Indikator ab, bei welchem die Befragten zur Aussage *Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde* eine Positionierung entlang der Skala (1) *trifft voll und ganz zu* bis (5) *trifft überhaupt nicht zu* vorzunehmen hatten.

3.4 Kontrollvariablen

Als Kontrollvariablen dienen das Geschlecht, Alter und das Bildungsniveau der Befragten, die sich für politisches Verhalten im Allgemeinen (Smets und van Ham 2013), aber auch für die Erklärung von Koalitionspräferenzen als keinesfalls redundant erwiesen haben (siehe u.a. Welz und Huber 2022; Welz 2023). Ferner kontrollieren wir für die Demokratiezufriedenheit der Befragten in Ost- und Westdeutschland, da diese gravierend voneinander in beiden Landesteilen abweicht (Pickel und Pickel 2020; Reiser et al. 2023). Der Zufriedenheit konnte durch die Skala von (1) *sehr unzufrieden* bis (5) *sehr zufrieden* Ausdruck verliehen werden.²

3.5 Analytische Vorgehensweise

Um die Entstehung von Koalitionspräferenzen für ein schwarz-blaues sowie ein Bahamas-Bündnis zu erklären, greifen wir im Folgenden auf lineare Regressionsmodelle zurück. Zunächst stellen wir die Ergebnisse unserer Analyse vor, unterteilt nach dem Wohnort der Befragten in Ost- und Westdeutschland. Dadurch lassen sich erste Hinweise auf die Muster der Präferenzbildung erkennen. Anschließend verwenden wir, um die Unterschiede zwischen den in Ost- und Westdeutschland wohnenden Befragten detaillierter zu verstehen, Interaktionseffekte in einer Reihe linearer Regressionsmodelle. Für jede der beiden abhängigen Variablen kalkulieren wir insgesamt vier Modelle, bei denen jeweils ein Interaktionseffekt im Mittelpunkt der Interpretation steht. Alle übrigen unabhängigen Variablen fungieren dabei als zusätzliche Kontrollvariablen.

Bevor wir die Ergebnisse dieser Regressionsmodelle vorstellen, gehen wir zunächst auf eine Reihe von deskriptiven und bivariaten Befunden ein, aus denen sich die Resultate der Regressionen leichter verstehen und nachvollziehen lassen.

² Empirisch ist dokumentiert, dass die Bewertung von Parteien, einen weiteren Einfluss auf Koalitionspräferenzen haben kann. Bei genauerer Inspektion wird die AfD im Median mit -5, durchschnittlich wiederum mit -3,41 Skalenpunkten bewertet. Es besteht dadurch kaum Varianz, die inhaltlich substantielle Schlussfolgerungen zulassen würde. Dies gilt umso mehr im direkten Vergleich zu den inhaltlichen Distanzmaßen, die in der Analyse ausführlicher dargestellt werden. Der Zusammenhang zwischen beiden Indikatoren – der Parteibewertung und der räumlichen Distanz – fällt wiederum so stark aus, dass hier nicht von einer unabhängigen Messung ausgegangen werden kann.

4 Analyse

4.1 Deskriptive und bivariate Befunde

Dass sich die Koalitionspräferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland im Allgemeinen unterscheiden, haben bereits Welz und Huber (2022) beschrieben. Offen geblieben ist dabei allerdings, wie angeführt, eine Analyse der Präferenzen unter Einbezug der AfD. Am ehesten realistisch gelten derzeit, wenn überhaupt, die Bildung einer *schwarz-blauen* oder einer *Bahamas-Koalition* (Höhne 2020; Wurthmann 2024).

Letztgenannte Bahamas-Koalition wird in Ostdeutschland mit einer Durchschnittsbewertung von $-2,88$ [95 % CI= $-3,1$; $2,67$] deutlich besser als in Westdeutschland mit einer durchschnittlichen Bewertung von $-3,81$ [95 % CI= $-3,91$; $-3,69$] wahrgenommen. Der entsprechende Unterschied ist signifikant ($p < 0,001$). Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Koalitionen unter Berücksichtigung aller Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Durchschnitt zumeist negativ bewertet werden (Huber und Welz 2022; Wurthmann und Krauss 2024). Ähnlich der Bahamas-Koalition verhält es sich mit Blick auf eine schwarz-blaue Koalition aus CDU/CSU und AfD. In Ostdeutschland wird sie im Schnitt auf der Skala bei $-2,94$ [95 % CI= $-3,15$; $-2,74$] verortet, in Westdeutschland wiederum bei im Schnitt $-3,88$ [95 % CI= $-3,98$; $-3,77$] Skalenpunkten. Auch hier sind die Unterschiede hoch signifikant ($p < 0,001$). Im Median werden beide Koalitionsmodelle allerdings in beiden Landesteilen gleichermaßen abgelehnt, obschon die Varianz in der Bewertung in Ostdeutschland erheblich größer ist (vgl. Abb. 1).

Dieser Befund wird hinsichtlich der bivariaten Zusammenhänge eindrücklich bestätigt. In Westdeutschland lebende Befragte bewerten eine schwarz-blaue Koalition aus CDU/CSU und AfD, ebenso wie eine Bahamas-Koalition aus CDU/CSU, AfD und FDP signifikant ($p < 0,001$) schlechter als in Ostdeutschland lebende Befragte.

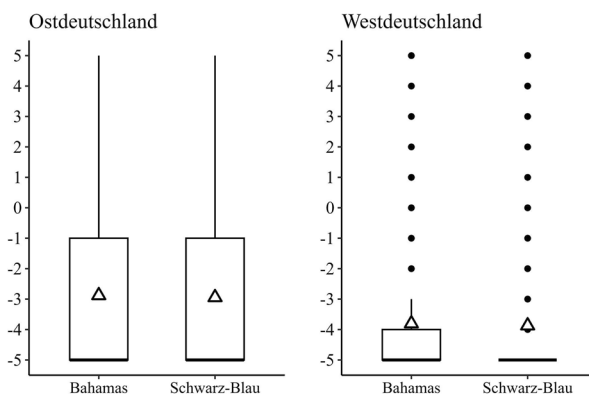


Abb. 1 Koalitionspräferenzen in Ost- und Westdeutschland (Anmerkung: Dargestellt sind *Boxplots* für die Bewertung einer Bahamas-Koalition sowie einer schwarz-blauen Koalition in Ost- ($N=958$) und Westdeutschland ($N=2113$). Zu erkennen sind dabei *fett* eingezeichnet die Mediane sowie in *Dreiecken* die durchschnittlichen Bewertungen durch die Befragten). (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf der GLES-Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 (GLES 2023; ZA7700))

Schwarz-Blau

Bahamas

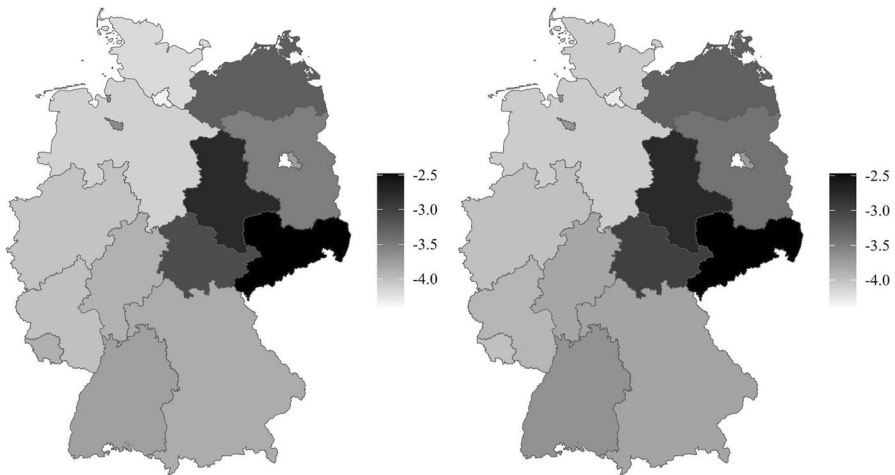


Abb. 2 Durchschnittsbewertungen nach Bundesland. (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf der GLES-Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 (GLES 2023; ZA7700)). (Anmerkung: Je heller die Einfärbung, desto negativer die Bewertung)

Der entsprechende Korrelationskoeffizient weist mit 0,15 allerdings nur auf einen schwachen Zusammenhang hin.

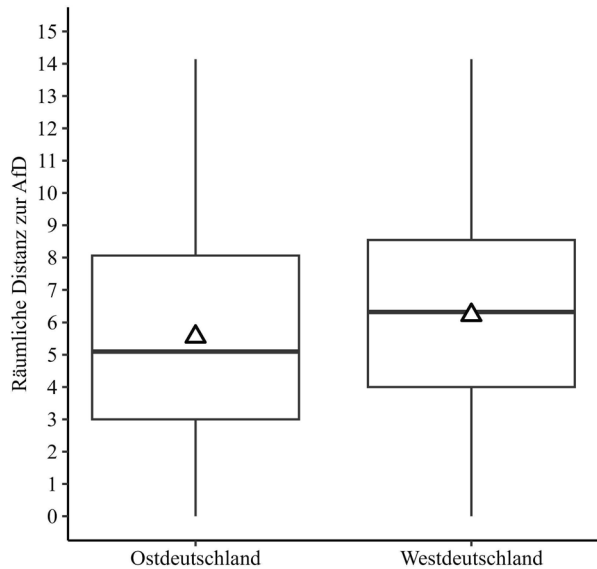
Neben dieser ganzheitlichen Betrachtung zeigen sich auch eindeutige Unterschiede in der regionalen Unterteilung, wenn West- und Ost-Berlin getrennt voneinander betrachtet werden. Ersichtlich wird dabei zum einen, dass insbesondere die Befragten aus West-Berlin eine besonders hohe Abneigung gegenüber einer schwarz-blauen sowie einer Bahamas-Koalition aufweisen, wohingegen die Befragten aus Sachsen im Durchschnitt vergleichsweise positiv über diese Koalitionsmodelle denken (vgl. Abb. 2).

Insgesamt zeigt sich allerdings auch, dass die regionalen Unterschiede in West- und Ostdeutschland auch systematisch auf Ebene der Bundesländer einem entsprechenden Muster folgen – beide Koalitionsmodelle erfahren im Gebiet der ehemaligen DDR erheblich mehr Unterstützung (vgl. Tabelle A1 im Online Appendix).

Ein möglicher Grund für diese sehr deutlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, unabhängig davon, wie ausgeprägt sie sein mögen, können in der empfundenen räumlichen Distanz zwischen den Befragten und der von ihnen wahrgenommenen Parteiposition der AfD zu finden sein. So wird die Distanz zur AfD in Ostdeutschland mit einem Durchschnittswert von 5,56 [95 % CI=5,35; -5,77] bedeutend geringer als in Westdeutschland mit einem Durchschnittswert von 6,23 [95 % CI=6,10; 6,36] wahrgenommen. Die Durchschnittswerte unterscheiden sich ferner hoch signifikant ($p < 0,001$) voneinander, woraus systematische Unterschiede in der räumlichen Einordnung abzuleiten sind (vgl. Abb. 3).

Interessant ist dabei, woher diese Unterschiede stammen könnten. Ein erster Anhaltspunkt ist, dass sich die Befragten aus Ostdeutschland im Schnitt mit einem Skalenwert von 6,91 [95 % CI=6,72; 7,10] in einem hoch signifikanten Ausmaß

Abb. 3 Räumliche Distanz zur AfD in Ost- und Westdeutschland. (Anmerkung: Dargestellt sind *Boxplots* für die räumliche Distanz zwischen der Befragten- und der Parteiposition in Ost- ($N=958$) und Westdeutschland ($N=2113$). Zu erkennen sind dabei *fett* eingezeichnet die Mediane sowie in *Dreiecken* die durchschnittlichen Bewertungen durch die Befragten). (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf der GLES-Vorwahlbefragung 2021 (GLES 2023; ZA7700))



($p < 0,001$) soziokulturell konservativer als die Befragten aus Westdeutschland positionieren, deren Durchschnittsposition beim Skalenwert 6,21 [95 % CI= 6,09; 6,33] liegt. Zwar unterscheiden sich die Befragten aus den beiden Ländern auch hinsichtlich der sozioökonomischen Position signifikant ($p < 0,001$), doch liegen ihre durchschnittlichen Positionen mit 6,19 [95 % CI= 6,04; 6,35] in Ostdeutschland und 6,03 [95 % CI= 5,93; 6,12] in Westdeutschland bedeutend näher beieinander (vgl. Abbildung A1 und Abbildung A2 im Online Appendix für mehr Details).

Hinsichtlich der eher systemischen Frage danach, ob der Sozialismus eine gute Idee ist, welche allerdings in der praktischen Umsetzung bisher nur gescheitert sei, unterscheiden sich ost- und westdeutsche Befragte zwar nicht so sehr in ihrer Ablehnung, die für 41,96 % in Ostdeutschland und 43,64 % in Westdeutschland zutrifft. Allerdings in der Zustimmung, die für 29,22 % der Befragten in Ostdeutschland und 22,72 % der befragten Westdeutschen zutrifft (vgl. Abbildung A3 im Online Appendix). Hier scheinen sich numerisch relevante Differenzen in der Wahrnehmung des Sozialismus zu zeigen, die auch Pickel und Pickel (2020) bereits mit Blick auf kulturelle Unterschiede durch die Sozialisation in einem sozialistisch geprägten Land beschrieben haben. Ob und inwiefern diese Unterschiede allerdings dazu beitragen, eine schwarz-blaue oder eine Bahamas-Koalition unterschiedlich zu bewerten, erläutern wir nun im Folgenden.

4.2 Multivariate Befunde

Wie sich nun allerdings die Entstehung von Koalitionspräferenzen für eine schwarz-blaue Koalition oder ein Bahamas-Bündnis erklären lassen, zeigen die Befunde der linearen Regressionsanalysen eindrucklich. Während in vorangegangenen Analysen der Schwerpunkt insbesondere auf räumliche Distanzen zu ideologischen Schwerpunkten möglicher Koalitionen gelegt wurde (vgl. Welz 2023; Wurthmann und

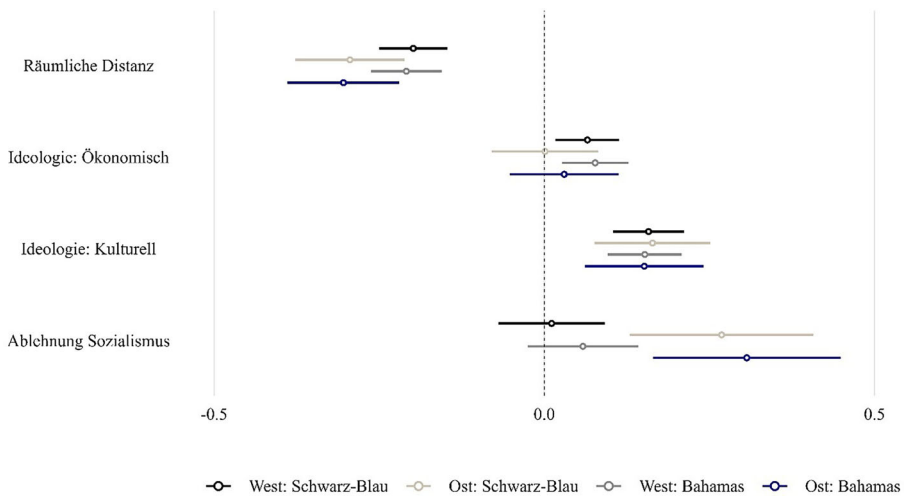


Abb. 4 Befunde der linearen Regressionsanalyse. (Anmerkung: Dargestellt sind die Ergebnisse der linearen Regressionsmodelle, deren Koeffizienten mit einem 95 %-Konfidenzintervall ausgewiesen werden für die Präferenzen zugunsten einer schwarz-blauen und einer Bahamas-Koalition. Ausgewiesen werden die Ergebnisse jeweils unterteilt für die Befragten aus Ost- ($N=958$) und Westdeutschland ($N=2113$). (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf der GLES-Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 (GLES 2023; ZA7700). Für eine tabellarische Übersicht, siehe Tabelle A2 im Online Appendix)

Krauss 2024), haben wir hier vorliegend den Ansatz verfolgt, den Außenseiterstatus der AfD (Debus 2022; Faas und Klingelhöfer 2022) als institutionellen Vetospieler zu berücksichtigen. Als einen möglichen Aspekt, der die Entstehung einer Präferenz für eine Koalition begünstigt respektive verhindert, haben wir die räumliche Nähe als relevanten Faktor ausgemacht, der in der Literatur hinreichend diskutiert und untersucht wurde (Downs 1957; Nyhuis und Plescia 2018). Mit Blick auf unsere Analyse lässt sich unsere Hypothese (H1) dahingehend bestätigen, dass, je größer die räumliche Distanz zur antizipierten AfD-Position ist, desto niedriger ist die Präferenz für ein schwarz-blaues Bündnis und eine Bahamas-Koalition. Gleichzeitig nimmt die Befürwortung solcher Bündnisse zu, je kulturell konservativer beziehungsweise migrationskritischer die Befragten sind (H2b), während wir keine über die Landesteile hinweg konsistenten Ergebnisse für die ökonomische Position (H2a) sowie die Haltung zum Sozialismus (H3) vorfinden. Wirtschaftlich eher rechte Überzeugungen führen in Westdeutschland zu einer höheren Zustimmung zu schwarz-blau und Bahamas, während es in Ostdeutschland insbesondere eine anti-sozialistische Grundüberzeugung ist, die diese Auswirkung hat. Damit lassen sich zwar die Muster der Präferenzbildung schon annäherungsweise beschreiben, die relative Bedeutung der einzelnen Faktoren bleibt allerdings unklar (vgl. Abb. 4).

Daher greifen wir auf Interaktionseffekte zurück, anhand derer Unterschiede in den Effektstärken zwischen Ost- und Westdeutschland sichtbar werden (vgl. Tabelle A3 im Online Appendix). Unsere Hypothese H1 beinhaltete neben der Erwartung, dass räumliche Distanzen einen Effekt auf die Koalitionsbewertungen haben, keine landesteilspezifische Komponente. Entsprechend ist die Hypothese zwar, auf Basis der empirischen Befunde, ohnehin anzunehmen. Gleichwohl lässt der Interaktions-

effekt darauf schließen, dass dieser Effekt in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist. Die als geringer empfundene Distanz zur AfD, die in Abb. 3 beschrieben wurde, scheint entsprechend bei den ostdeutschen Befragten durch eine überproportionale Sympathie für die Partei gesteuert zu sein.

In unserer Hypothese H2a haben wir unsere Erwartung beschrieben, dass sozio-ökonomisch rechtere Positionen eine höhere Bewertung einer schwarz-blauen sowie einer Bahamas-Koalition beeinflussen und dieser Effekt in Ostdeutschland schwächer ausfällt. Wir können diesen Effekt einerseits überhaupt nur in Westdeutschland feststellen (vgl. Abb. 4), andererseits fällt der Effekt für die in Ostdeutschland lebenden Befragten stärker aus (vgl. Tabelle A3 im Online Appendix). Entsprechend ist die Hypothese H2a zurückzuweisen.

In H2b wiederum haben wir den Zusammenhang zwischen einer soziokulturell konservativen Position der Befragten und der Bewertung einer schwarz-blauen sowie einer Bahamas-Koalition aufgegriffen und die Annahme formuliert, dass der Effekt in Ostdeutschland stärker ausfallen sollte. Auf Basis unserer empirischen Befunde trifft dies zu. Tatsächlich ist der Effekt überhaupt zunächst in beiden Landesteilen festzustellen und er fällt für die in Ostdeutschland lebenden Befragten erheblich stärker als für jene in Westdeutschland aus (vgl. Tabelle A3 im Online Appendix). Entsprechend ist diese Hypothese anzunehmen.

Zwar zeigen unsere Befunde, dass die Ablehnung des Sozialismus deutlich stärkere Befürwortung einer schwarz-blauen sowie einer Bahamas-Koalition begünstigt, zumindest in Ostdeutschland. Wir stellen allerdings ebenso fest, dass der Effekt keinesfalls in Westdeutschland, sondern in Ostdeutschland bedeutend stärker ausgeprägt ist, was entgegen unserer vorangegangenen Erwartungen ist (vgl. Tabelle A3 im Online Appendix). Entsprechend weisen wir unsere Hypothese H3 zurück.

Diese Ergebnisse spiegeln im Wesentlichen die Befunde wider, die sich mit den Unterschieden in der inhaltlichen Priorisierung der AfD-Landesverbände in West- und Ostdeutschland beschäftigen. Gemäß dieser werden die ostdeutschen AfD-Verbände insbesondere als anti-sozialistisch positioniert verstanden (Bräuninger et al. 2020; Hansen und Olsen 2024; Höhne 2020; León und Scantamburlo 2023). Die von uns beschriebenen Effekte und Effektunterschiede belegen eindrücklich, wie sich politisch-kulturelle Divergenzen in West- und Ostdeutschland, auch als Konsequenz einer unterschiedlichen politischen Sozialisierung, unterscheiden lassen (Pickel und Pickel 2020; 2023; Wurthmann 2023).

Zur Überprüfung, inwiefern unsere Regressionsanalysen einer Überprüfung auf Multikollinearität Stand halten, haben wir eine Regressionsdiagnostik durchgeführt und hierbei den Varianzinflationsfaktor (VIF) ermittelt, dessen Wert „von bis zu ca. 4 als unkritisch“ (Wollschläger 2017) eingeordnet werden kann. Im vorliegenden Fall liegt der VIF-Wert für die euklidische Distanz bei 3,36 für die Berechnungen in Westdeutschland und bei 2,93 in Ostdeutschland, alle anderen Werte liegen unter diesem kritischen Wert. Dies ist insofern von Bedeutung, da die Korrelation zwischen der eigenen Selbstpositionierung und einer davon ausgehend berechneten Distanz zur AfD naturgemäß in einem nicht irrelevanten Ausmaß miteinander zusammenhängt. Ebenso könnte davon ausgegangen werden, dass die eher wirtschaftsliberale Position der Befragten mit einer anti-sozialistischen Einstellung in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß korreliert. Tatsächlich korrelieren diese in

beiden Landesteilen zwar hoch signifikant miteinander ($p < 0,001$), der tatsächliche Korrelationskoeffizient weist mit 0,27 in Westdeutschland und 0,23 in Ostdeutschland allerdings nur auf einen moderaten Zusammenhang hin.

Abschließend stellt sich die Frage, wie eine schwarz-blaue Koalition oder ein Bahamas-Bündnis bewertet werden durch die ostdeutschen Wähler jener Parteien, von denen – wenn überhaupt – am ehesten davon auszugehen wäre, dass sie solche Koalitionen formen: CDU/CSU und FDP mit der AfD (Höhne 2020; Wurthmann 2023). Wie auch in vorangegangenen Untersuchungen (Wurthmann 2024) sind die Anhänger von Christdemokraten und Liberalen, anders als die der AfD, von einer solchen Koalition nicht allzu sehr begeistert (siehe Abbildung A4 im Online Appendix). Eine kulturell konservative Einstellung wirkt sich positiv auf die Bewertung dieser Bündnisse aus, während sozioökonomische Faktoren keinen signifikanten Einfluss zeigen. Eine räumliche Distanz hat interessanterweise nur bei der Union einen signifikant negativen Effekt – die Ablehnung des Sozialismus wiederum ebenfalls ausschließlich bei der Union einen signifikant positiven Effekt (vgl. Tabelle A4 im Online Appendix).³ Diese Befunde sind vor dem Hintergrund, dass die AfD in ostdeutschen Bundesländern immer wieder den Eindruck erweckt, die dortigen Parteien des Spektrums links der Mitte seien allesamt Befürworter einer sozialistischen Werteordnung, durchaus interessant. Unklar ist aber selbstredend, ob die hier beobachteten Wählerinnen und Wähler diese Einschätzung teilen. Gleichwohl ist diesen Befunden zu entnehmen, dass die Formation einer Koalition, die als anti-sozialistisches Bollwerk beschrieben werden könnte, sich durchaus strategisch für kommunikative Verarbeitung lohnen könnte – wenn auch auf einem niedrigen Niveau.

5 Fazit

Die Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben zu Rekordergebnissen bei der AfD geführt – in Thüringen ging die Partei sogar als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Zwar wird die Brandmauer der etablierten Parteien zur AfD als weiterhin lebendig eingeordnet (Schroeder et al. 2024). Es ist allerdings, wenn die Brandmauer denn fällt, am ehesten in einem ostdeutschen Bundesland damit zu rechnen, was auch auf immer schwerer werdende Mehrheitsbildungen zurückzuführen ist (Höhne 2020; Decker und Ruhose 2021; Wurthmann 2023). Unsere Untersuchung zeigt und belegt eindrücklich, dass sowohl eine Bahamas-Koalition bestehend aus CDU/CSU, FDP und AfD, als auch eine schwarz-blaue Koalition aus CDU/CSU und AfD in Ostdeutschland höhere Zustimmungswerte erreicht als in Westdeutschland. Zwar gibt es hier keine durchweg positive Bewertung, aber substantielle Unterschiede, die es als nicht vollends unwahrscheinlich erscheinen lassen, dass künftig ein solches Bündnis gebildet wird.

Neben der differenzierten Betrachtung zwischen Ost- und Westdeutschland war ein weiteres Ziel unserer Untersuchung, eine Reihe von Faktoren zu identifizieren, welche eine Bewertung derartiger Koalitionsoptionen signifikant beeinflussen. Ob-

³ Auch bei diesen Modellen finden wir keinerlei Hinweise auf Multikollinearität.

schon frühere Untersuchungen bereits Unterschiede in der Bewertung von Koalitionsmodellen zwischen Ost- und Westdeutschen aufzeigen konnten (Welz und Huber 2022) und andere Forschungsarbeiten den Einfluss inhaltlicher Faktoren auf Präferenzen für schwarz-blaue Bündnisse und Bahamas-Koalitionen analysierten (Wurthmann 2024), blieb eine regionale Differenzierung bisweilen eher nachrangig. Unsere Untersuchung zeigt, dass sich die Koalitionspräferenzen in Ost- und Westdeutschland in Bezug auf die von uns untersuchten Determinanten der räumlichen Distanz, der ökonomischen sowie kulturellen Dimension und der Ablehnung des Sozialismus in Teilen voneinander unterscheiden. In Ostdeutschland stehen eine migrations-skeptische und anti-sozialistische Einstellung sowie eine räumliche Nähe im Vordergrund, anhand derer sich Präferenzen für Regierungsbündnisse unter Einbezug der AfD erklären lassen. In Westdeutschland wiederum sind es migrations-skeptische und wirtschaftsliberale Einstellungen sowie die empfundene räumliche Nähe zur AfD-Position, die im Vordergrund stehen. Damit belegen die vorliegenden Befunde sehr eindrücklich die Notwendigkeit regionalspezifischer Analysen, bei denen auch der Untersuchung politisch-kultureller Unterschiede Rechnung getragen werden muss (Almond und Verba 1963; Pickel und Pickel 2020, 2023; Reiser und Reiter 2023; Reiser et al. 2023). Vertiefende Einblicke haben dabei auch unsere weitergehenden Analysen unter Berücksichtigung von Interaktionseffekten sowie der Analyse von Parteelektoraten geliefert. Sie zeigen sehr eindrücklich, dass gerade ökonomische Aspekte vergleichsweise irrelevant für die Position zu den Bündnissen mit der AfD sind.

Klar ist, dass die ostdeutschen Bundesländer auch künftig eine sich von westdeutschen Bundesländern unterscheidende Rolle spielen dürften, wenn es um Koalitionsbildungen oder auch Koalitionspräferenzen geht. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf das neue Bündnis Sahra Wagenknecht. Zwar bleibt abzuwarten, ob Koalitionen aus CDU, SPD und BSW „das neue Modell einer Ostdeutschland-Koalition [werden], die langfristig die AfD schwächen könnte“ (Wurthmann und Gerrits 2024). Berücksichtigt man allerdings alleine die Tatsache, dass nach den Landtagswahlen schon Sondierungen mit der neuen Partei begonnen wurden, die auch in erste Regierungsbeteiligungen gemündet sind, stellt sich unweigerlich die Aufgabe, weitere Untersuchungen zu Koalitionspräferenzen vorzunehmen – gerade auch unter Berücksichtigung des neuen BSW. Dass dabei eine analytische Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland klug sein könnte, war bereits anzunehmen (siehe Welz und Huber 2022). Wie fundamental wichtig diese Betrachtung allerdings ist, zeigt der vorliegende Beitrag umso mehr.

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s12286-024-00619-6>) enthalten.

Danksagung Wir danken den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern für ihre wertvollen Anregungen und hilfreichen Formulierungen, die es uns ermöglicht haben, den vorliegenden Beitrag klarer und anschaulicher zu gestalten. Ihre konstruktive Kritik hat einen entscheidenden Beitrag zur Überarbeitung des Textes geleistet.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Interessenkonflikt L. Walke und L. C. Wurthmann geben an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The civic culture: political attitudes and democracy in five nations*. Princeton University Press.
- Arzheimer, Kai, und Carl C. Berning. 2019. How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies* 60:102040. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>.
- Arzheimer, Kai, und Tatjana Rudi. 2007. Wertorientierungen und ideologische Einstellungen. In *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, und Jürgen W. Falter, 167–187. Baden-Baden: Nomos.
- Banducci, Susan, Heiko Giebler, und Sylvia Kritzing. 2017. Knowing more from less: how the information environment increases knowledge of party positions. *British Journal of Political Science* 47(3):571–588. <https://doi.org/10.1017/S0007123415000204>.
- Bräuninger, Thomas, Marc Debus, Jochen Müller, und Christian Stecker. 2020. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bytzek, Evelyn. 2021. Koalitionspräferenzen und Wahlentscheidungen. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen, 99–113. Wiesbaden: Springer VS.
- Caspari, Lisa. 2024. Bündnis Sahra Wagenknecht. Plötzlich staatstragend. Zeit Online. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/buendnis-sahra-wagenknecht-landtagswahlen-ostdeutschland-koalitionen-regierung>. Zugegriffen: 30. Sept. 2024.
- Dalton, Russell J., und Willy Jou. 2010. Is there a single German party system? *German Politics and Society* 28(2):34–52. <https://doi.org/10.3167/gps.2010.280203>.
- Dassonneville, Ruth, Liesbet Hooghe, und Gary Marks. 2024. Transformation of the political space: a citizens' perspective. *European Journal of Political Research* 63(1):45–65. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12590>.
- Debes, Martin. 2024. *Deutschland der Extreme: Wie Thüringen die Demokratie herausfordert*. Berlin: Ch. Links.
- Debus, Marc. 2012. Koalitionspräferenzen von Wählern und Parteien und ihr Einfluss auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2009. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43(1):86–102.
- Debus, Marc. 2022. Parteienwettbewerb und Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2021. *Politische Vierteljahresschrift* 63(1):73–88. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00361-8>.
- Debus, Marc, und Jochen Müller. 2014. Expected utility or learned familiarity? The formation of voters' coalition preferences. *Electoral Studies* 34:54–67. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2013.09.007>.
- Decker, Frank, und Fedor Ruhose. 2021. Der Einfluss der AfD auf die deutsche Koalitionslandschaft: Problem oder Chance für die etablierten Parteien? *Zeitschrift für Politik* 68:123–144. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2021-2-123>.
- Downs, Anthony. 1957. An economic theory of political action in a democracy. *Journal of Political Economy* 65(2):135–150.
- Faas, Thorsten, und Tristan Klingelhöfer. 2022. German politics at the traffic light: new beginnings in the election of 2021. *West European Politics* 45(7):1506–1521. <https://doi.org/10.1080/01402382.2022.2045783>.
- Falcó-Gimeno, Albert. 2012. Preferences for political coalitions in Spain. *South European Society and Politics* 17(3):487–502. <https://doi.org/10.1080/13608746.2012.701900>.

- Fortunato, David. 2021. *The cycle of coalition: how parties and voters interact under coalition governance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Franzmann, Simon T., Nadine Kasten, und Alexander Hensel. 2024. (K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). *Demokratie-Dialog* 14:12–25. <https://doi.org/10.17875/gup2024-2629>.
- Gabriel, Oscar W. 2007. Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 48(3):540–552. <https://doi.org/10.1007/s11615-007-0090-x>.
- GLES. 2023. *GLES Querschnitt 2021*. Vorwahl (ZA7700). <https://doi.org/10.4232/1.14168>.
- Gross, Martin, Michael Jankowski, Christina-Marie Juen, und Florian Erlbruch. 2023. Do voters want their parties to be office- or policy-seekers in coalition negotiations? *West European Politics* 47(6). <https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2208953>.
- Hansen, Michael A., und Jonathan Olsen. 2019. Flesh of the same flesh: a study of voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 federal election. *German Politics* 28(1):1–19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1509312>.
- Hansen, Michael A., und Jonathan Olsen. 2024. *Political entrepreneurship in the age of dealignment*. Cham: Springer Nature. https://doi.org/10.1007/978-3-031-50890-5_3.
- Heckmann, Leon, L. Constantin Wurthmann, und Sarah Wagner. 2025. Who's afraid of Sahra – Understanding the shift in votes towards Germany's Bündnis Sahra Wagenknecht. *Research & Politics*. <https://doi.org/10.1177/20531680241311504>.
- Höhne, Benjamin. 2020. Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland? *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 69(2):157–168. <https://doi.org/10.3224/gwp.v69i2.06>.
- Holzhauser, Thosten. 2019. *Die „Nachfolgepartei“: Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Hough, Dan, und Dan Keith. 2019. The German left party: a case of pragmatic populism. In *The populist radical left in Europe*, Hrsg. Giorgos Katsambekis, Alexandros Kioupiolis, 129–144. London: Routledge.
- Huber, Sascha. 2017. Instrumental and expressive coalition voting: the case of the FDP in the 2009 and 2013 German federal elections. *German Politics* 26(1):104–123. <https://doi.org/10.1080/09644008.2016.1263300>.
- Huber, Sascha, und Robert Welz. 2022. Dynamics of coalition preferences and vote choices. In *The changing German voter*, Hrsg. Rüdiger Schmitt-Beck, Sigrid Roßteutscher, Harald Schoen, Bernhard Weißels, und Christof Wolf, 183–206. Oxford: Oxford University Press.
- Huber, Sascha, Thomas Gschwend, Michael F. Meffert, und Franz Urban Pappi. 2009. Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung. In *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Bernhard Weißels, und Jürgen W. Falter, 561–584. Wiesbaden: Springer VS.
- Hummel, Steven, und Anika Taschke. 2024. *Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen*. Rosa Luxemburg Stiftung.
- Jankowski, Michael. 2024. Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten. *Politische Vierteljahresschrift* <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00583-6>.
- Joswig, Gareth. 2023. Umfrage zu Regierungsbeteiligung der AfD: Zwei Drittel dagegen. <https://taz.de/!5967209/>. Zugegriffen: 4. Apr. 2024.
- León, Sandra, und Matthias Scantamburlo. 2023. Right-wing populism and territorial party competition: the case of the Alternative for Germany. *Party Politics* 29(6):1051–1062. <https://doi.org/10.1177/13540688221122336>.
- Lewandowsky, Marcel, und Aiko Wagner. 2023. Fighting for a lost cause? Availability of populist radical right voters for established parties. The case of Germany. *Representation* 59(3):485–512. <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2091012>.
- Linhart, Eric. 2020. Koalitionen unter veränderten Rahmenbedingungen. In *Handbuch Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, Martin Florack, 1–11. Wiesbaden: Springer.
- Mau, Steffen. 2019. *Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Meffert, Michael F., und Thomas Gschwend. 2010. Strategic coalition voting: evidence from Austria. *Electoral Studies* 29(3):339–349. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2010.03.005>.
- Neu, Viola. 2004. *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Extremismus*. Baden-Baden: Nomos.

- Norris, Pippa. 2011. *Democratic deficit: critical citizens revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa, und Ronald Inglehart. 2019. *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nyhuis, Dominic, und Carolina Plescia. 2018. The nonideological component of coalition preferences. *Party Politics* 24(6):686–697. <https://doi.org/10.1177/1354068817690933>.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2020. Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30(3):381–394. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7>.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2023. The wall in the mind—revisited stable differences in the political cultures of Western and Eastern Germany. *German Politics* 32(1):20–42. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2072488>.
- Plescia, Carolina, und Julian Aichholzer. 2017. On the nature of voters' coalition preferences. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 27(3):254–273. <https://doi.org/10.1080/17457289.2016.1270286>.
- Reiser, Marion, und Renate Reiter. 2023. A (new) East-West-divide? Representative democracy in Germany 30 years after unification. *German Politics* 32(1):1–19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2049598>.
- Reiser, Marion, Jörg Hebenstreit, und Anne Küppers. 2023. Regionale politische Kulturen: Demokratische Einstellungen in den deutschen Bundesländern. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33(4):555–581. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00364-y>.
- Roose, Jochen. 2024. Öfter mal was Neues. Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Monitor Wahl- und Sozialforschung. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/oefter-mal-was-neues-die-waehlerschaft-der-neuen-partei-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw>. Zugegriffen: 30. Sept. 2024.
- Schroeder, Wolfgang, Daniel Ziblatt, und Florian Bochert. 2024. Brandmauer-is still alive! Empirische Ergebnisse zur Unterstützung der AfD in den ostdeutschen Kommunen durch etablierte Parteien (2019–2024). Discussion Paper. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2024/v24-503.pdf>. Zugegriffen: 30. Sept. 2024.
- Smets, Kaat, und Carolien van Ham. 2013. The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. *Electoral Studies* 32(2):344–359. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.12.006>.
- Thome, Helmut. 1985. Wandel zu postmaterialistischen Werten?: Theoretische und empirische Einwände gegen Ingleharts Theorie-Versuch. *Soziale Welt* 36(1):27–59.
- Vorreyer, Thomas. 2024. Wie weiter im Herbst? Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/landtagswahlen-162.html>. Zugegriffen: 30. Sept. 2024.
- Wagner, S., L. Constantin Wurthmann, und Jan Philipp Thomeczek. 2023. Bridging left and right? How Sahra Wagenknecht could change the German party landscape. *Politische Vierteljahresschrift* 64(3):621–636. <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00481-3>.
- Weisskircher, Manès. 2020. The strength of far-right AfD in Eastern Germany: the East-West divide and the multiple causes behind ‚populism‘. *The Political Quarterly* 91(3):614–622. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12859>.
- Weisskircher, Manès. 2022. The importance of being Eastern German. The multiple heartlands of Germany's far right. In *The many faces of the far right in the post-communist space: a comparative study of far-right movements and identity in the region*, Hrsg. Ninna Mörner, 91–99. Södertörn: Centre for Baltic and East European Studies.
- Welz, Robert. 2023. At least agree on the important things: the impact of issue distance, Intra-coalition heterogeneity, and salience on voters' coalition preferences. *Politische Vierteljahresschrift* 64(1):19–49. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00415-5>.
- Welz, Robert, und Sascha Huber. 2022. Koalitionen und ihre Auswirkungen auf das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland. In *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*, Hrsg. Martin Elff, Kathrin Ackermann, und Heiko Giebler, 245–275. Wiesbaden: Springer VS.
- Wollschläger, Daniel. 2017. *Grundlagen der Datenanalyse mit R*. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum.
- Wurthmann, L. Constantin. 2023. Kooperation oder Abgrenzung? Einstellungen zum oppositionellen Umgang der CDU/CSU mit der Linken und der AfD. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 54(1):69–86. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2023-1-69>.
- Wurthmann, L. Constantin. 2024. Black-Blue or Bahamas? Explaining CDU, CSU, FDP and AfD Voter Attitudes Towards a Common Governmental Coalition Before the 2017 German Federal Election. *German Politics* 33(1):110–132. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2056593>.

- Wurthmann, L. Constantin, und Lucas Gerrits. 2024. Lückentheorie. Wo das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ im Parteiensystem steht. *politik&kommunikation* 1(146):22–25.
- Wurthmann, L. Constantin, und Svenja Krauss. 2024. The closer, the better – How perceived ideological proximity between parties affects the emergence of coalition preferences. *Political Research Exchange* 6(1):1–23. <https://doi.org/10.1080/2474736X.2024.2303130>.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.